

## **Industriearbeitgeber zu Krankenversicherungs-Plänen der GroKo: „Für den Einzelnen kaum spürbar, für die Wirtschaft ein teures Wahlgeschenk.“ – 250 Mio. Euro Mehrkosten in Niedersachsen allein in 2019**

**Hannover, 06. Juni 2018.** Die Niedersächsischen Industriearbeitgeber kritisieren die Pläne der Großen Koalition, die bisher eingefrorenen Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung zu Lasten der Wirtschaft zu verschieben. Dazu der Hauptgeschäftsführer von NiedersachsenMetall, Dr. Volker Schmidt:

„Dem Einzelnen bringt das ein paar Euro mehr im Monat. Das ist kaum spürbar. Für die Wirtschaft aber wird es teuer. Allein der niedersächsischen Industrie drohen so ab 2019 bis zu 250 Mio. Euro Mehrkosten pro Jahr. Da passt das Verhältnis von Effekt und Belastung vorne und hinten nicht mehr.“

Die Große Koalition nennt das eine Entlastung der Bürger. Aus Sicht unserer Betriebe ist das eine Farce. Denn trotz voller Staatskassen und vielfältiger Möglichkeiten, die Steuer- und Abgabenlast zu reduzieren, werden wiederum Dritte zur Kasse gebeten. Das ist bequem für die Politik, zeugt aber von einem beängstigendem Unverständnis über die Kostensituation der Betriebe am Standort Deutschland. Nach dem zusätzlichen Feiertag – der für die Niedersächsische Industrie mit 80 Mio. Euro zu Buche steht – ist das der nächste Kostenknaller. Es ist eine weitere Episode in einer Serie von wirtschaftsfeindlichen Maßnahmen in Deutschland.“

Christian Budde  
Pressesprecher

Tel.: 0511 8505 292  
Mobil: 0163 878 69 76  
Fax: 0511 8505 201  
budde@niedersachsenmetall.de  
www.niedersachsenmetall.de